



Kleine, neue wiederkehrende Kredite; Beschluss

Antrag:

Die Synode beschliesst für das Jahr 2015 (und folgende) Kleine, neue wiederkehrende Kredite von total CHF 11'000 pro Jahr.

1. Kampagne Recht ohne Grenzen - Phase II

Konto-Nr. 592.332.04

Wiederkehrender Kredit von CHF 6'000 pro Jahr für die Jahre 2015 - 2016

Viele weltweit tätige Firmen haben sich in den letzten Jahren, meist auf Druck von aussen, Regeln für ein sozial und ökologisch verantwortliches Verhalten gegeben. Diese Initiativen sind rechtlich nicht verbindlich. Die Unternehmen bestimmen selber, was «soziale und ökologische Verantwortung» bedeutet. Auch die UNO und die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) versuchen, international tätige Unternehmen stärker auf die Respektierung von Menschenrechten und Umweltstandards zu verpflichten.

Die Kampagne «Recht ohne Grenzen» setzt bei diesen internationalen Bemühungen an und will eine grössere Verbindlichkeit erreichen. Bundesrat und Parlament sollen gesetzliche Bestimmungen erlassen, damit Schweizer Konzerne, ihre Tochterfirmen und Zulieferer weltweit die Menschenrechte und Umweltnormen einhalten müssen. Konkret bedeutet dies,

- dass Schweizer Konzerne für ihre Tätigkeiten, ihre Tochterfirmen und Zulieferer vorsorglich Massnahmen (Sorgfaltspflicht) treffen müssen, um hier und anderswo Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen zu verhindern.
- dass Menschen, die durch die Tätigkeiten von Schweizer Konzernen, ihren Tochterfirmen und Zulieferern Schaden erleiden, hier Klage einreichen und Wiedergutmachung verlangen können.

Da die Schweiz (insbesondere die Kantone Genf und Zug) Sitz vieler international tätiger Konzerne ist und mit tiefen Steuern und Unternehmer-freundlichen Gesetzen nach wie vor interessiert ist, Firmen anzuziehen, sind wir besonders gefordert, darauf zu achten, dass Menschenrechte und Umweltstandards eingehalten werden. Auch unsere Partner im Süden machen uns in unterschiedlichen Ländern (Guatemala, Kolumbien, Indien) darauf aufmerksam, dass Schweizer Firmen - etwa im Rohstoffbereich - Menschenrechte miss-

achten und die betroffene Bevölkerung kaum demokratische Möglichkeiten hat, sich dagegen zu wehren.

"Recht ohne Grenzen" ist eine Allianz von über 50 Schweizer Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen, Umwelt- und Frauenverbänden, Gewerkschaften und kritischen Aktionärsvereinigungen. Die Kampagne "Recht ohne Grenzen", wurde im Herbst 2011 lanciert. Als erster Zwischenerfolg konnte im Juni 2012 die Petition "Recht ohne Grenzen" mit 135'000 Unterschriften zuhanden der Bundesversammlung eingereicht werden.

2014 war ein Jahr der Evaluation von Möglichkeiten der Weiterarbeit. Der nun konkret vorliegende Vorschlag will die Kampagne und die politische Diskussion durch die Lancierung einer Volksinitiative vertiefen. Hauptgegenstand des Initiativtextes wird sein, dass Unternehmen mit Hauptsitz oder erheblicher Geschäftstätigkeit in der Schweiz, auch im Ausland die international anerkannten Menschenrechte sowie internationale Standards zum Schutz der Umwelt respektieren müssen. Sie haften für den Schaden, welchen sie durch allfällige Verletzung dieser Rechte und Standards verursachen.

Noch im November 2014 soll der Initiativtext bei der Bundeskanzlei eingereicht werden. Im beantragten Zeitraum 2015 und 2016 handelt es sich also vor allem um die Sammelphase für die Volksinitiative.

Bei einem gegenüber 2014 (CHF 185'000) gestiegenen Gesamtbudget von 2015 und 2016 je CHF 294'400 ist auch eine leichte Erhöhung des Beitrags der Mitgliederorganisationen und der unterstützenden Organisationen vorgesehen. Der beantragte Betrag Refbejuso von CHF 6'000 pro Jahr entspricht demjenigen einer mittelgrossen unterstützenden Organisation.

Die Kampagne wird von Bfa, HEKS und vielen weiteren Werken, die mit der reformierten Kirche oder kirchlichen Initiativen verbunden sind, mitgetragen. Ihre politische Umsetzung hat eine grosse Hebelwirkung zur Verbesserung der Arbeits- und Umweltbedingungen von Menschen weltweit und wird deshalb von diesen Werken prioritär behandelt.

2. Forum für Menschenrechte Israel / Palästina: Beitrag an Koordinations- und Projektstelle

Konto-Nr. 592.331.03

Wiederkehrender Kredit von CHF 5'000 pro Jahr für die Jahre 2015 - 2017

Israel / Palästina bildet seit Jahren einen Schwerpunkt der entwicklungspolitischen und ökumenischen Arbeit der Fachstelle OeME. Viele Kirchgemeinden und viele Mitglieder unserer Kirche tragen dieses Engagement in der einen oder anderen Form mit. Unsere Kirche spielt in dieser Frage innerkirchlich und in einer weiteren Öffentlichkeit eine konstruktive Rolle und hat dafür einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt. Die Fachstelle OeME ist seit der Gründung des Forums für Menschenrechte in Israel / Palästina im Jahr 1999 aktiv an dieser Arbeit beteiligt.

Das Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina ist eine Arbeitsgruppe von nicht-kirchlichen und kirchlichen Schweizer Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen, die in der Nahost-Arbeit tätig sind:

Amnesty International Schweiz, Caritas Schweiz, cfd – Die feministische Friedensorganisation, Gesellschaft Schweiz-Palästina, HEKS, Fachstelle OeME der Ref. Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Horyzon – Internationale Zusammenarbeit des Cevi Schweiz, Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina und die Palästina-Solidarität Region Basel beteiligen sich an der Arbeit des Forums für die Einhaltung der Menschenrechte.

Das Forum informiert über die Menschenrechtssituation in Israel / Palästina, über Strategien zur Stärkung des Völkerrechts im politischen Prozess sowie über die Handlungsmöglichkeiten der Schweiz. Über die Koordinationsarbeit hinaus gibt es seit 2012 gemeinsame Projektarbeit im Advocacybereich. In der von Refbejuso mit jährlich CHF 5'000 unterstützten Projekt-Versuchsphase von drei Jahren (2012-2014) hat sich die Zusammenarbeit insbesondere durch das parlamentarische Lobbyingprojekt etabliert. Dieses Projekt hat 2013 mit einer Reise von schweizerischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern nach Israel/Palästina einen ersten Meilenstein erreicht. Eine zweite Reise ist in Vorbereitung. Ebenso ist eine Studie zu den Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Israel Frucht der Advocacy-Zusammenarbeit der verschiedenen am Forum beteiligten Organisationen.

Wie in vielen anderen Zusammenhängen internationaler Zusammenarbeit besteht aber auch in der Advocacy-Arbeit zu Israel/Palästina eine grosse Gefahr in der Zersplitterung der Akteure und der Aktivitäten. Fallweise kann sich eine einzelne Organisation mit einem Event ins Zentrum rücken aber bezüglich Sensibilisierung von Bevölkerung und Politik in der Schweiz und bezüglich Wirkung für die Bevölkerung vor Ort bleiben solche Initiativen oft im Episodenhaften und in der Selbstdarstellung stecken. Das Forum versucht hier durch die Koordination verschiedenster Akteure ein Gegengewicht zu den (legitimen) Eigeninteressen der einzelnen Organisationen zu geben und den Fokus auf das gemeinsame Ziel eines gerechten Friedens in Israel Palästina zu legen. Alle am Forum beteiligten Organisationen sind sich weiter einig, dass sie diese Advocacy-Arbeit gar nicht aus eigenen Kräften leisten könnten.

Gerade im Nahostkonflikt ist es im Hinblick auf die Wirksamkeit entwicklungspolitischer Advocacy-Arbeit von Bedeutung, dass auch die Kirchen ihre Rolle wahrnehmen. Wir sind dazu auch vom Ökumenischen Rat der Kirchen her beauftragt und durch das Gespräch mit den Brüdern und Schwestern der nahöstlichen Partnerkirchen herausgefordert. Besonders bewegend waren die Diskussionen um die christliche Präsenz im Nahen Osten und die Präsentationen der Projekte des OeRK, PIEF (Palestine Israel Ecumenical Forum) und EAPPI (Ecumenical Advocacy Program Palestine Israel) anlässlich der Vollversammlung des ÖRK in Busan, 2013. Unsere Partner in Israel / Palästina, etwa von der Lutherischen Kirche, dem Projekt Zelt der Völker oder den HEKS-Projektpartnern, mit denen wir in regelmässigem direkten Kontakt stehen, bitten uns immer wieder um zivilgesellschaftliche Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Neben der Solidaritätsarbeit, dem Gebet, und der finanziellen Unterstützung erhoffen sie sich von dieser Öffentlichkeitsarbeit in politisch sehr düsteren Zeiten die grösste Wirkung, um die konkrete Lebenssituation der Menschen zu verbessern.

Die Unterstützung einer Projektstelle des Forums für Menschenrechte durch Refbejuso steht, wie die Nahostarbeit von Refbejuso insgesamt, zu einem Teil auch stellvertretend für den SEK und die anderen Kantonalkirchen, die in dieser Thematik nur sehr beschränkte Kapazitäten haben.

Das Budget für die Projektstelle ist sehr pragmatisch und realistisch erarbeitet worden und wird für die kommenden Jahre auch aufgrund der beschränkten Ressourcen der Mitgliedsorganisationen keine wesentliche Änderung erfahren. Am Jahresbudget 2014 von CHF 27'000 hat der Lohn des Koordinators mit CHF 25'494 den weitaus grössten Anteil. Viele weitere Kosten wie Arbeitszeit von Mitarbeitenden, Reisekosten und Raummieten bringen die Mitgliedsorganisationen als Eigenleistung auf. Bei der Finanzierung durch die Mitgliedsorganisationen macht das HEKS mit einem Beitrag von CHF 10'000 ein klares und lobenswertes Statement für die Zusammenarbeit der Hilfswerke im Advocacy-Bereich.

Die Projektstelle des Forums ist beim Christlichen Friedensdienst, cfd, in Bern angesiedelt, was eine Nähe zur Arbeit im Bereich OeME-Migration der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn garantiert.

Der Synodalrat